

„Das Werden des neuen Deutschlands“ - Adenauers Regierungserklärung vom 20. September 1949 und ihre Rezeption in der Öffentlichkeit Urheberin: Antje Lein-Struck

1. Einleitung

Als Konrad Adenauer am 20. September 1949 an das Redepult im Bundestag trat, um das Programm der Bundesregierung vorzustellen, war dies in vielerlei Hinsicht eine Premiere, allerdings eine in durchaus traditionellem Umfeld.

Adenauer war erst fünf Tage zuvor zum ersten Bundeskanzler der noch jungen Bundesrepublik Deutschland gewählt worden und wandte sich nun mit seiner Großen Regierungserklärung an einen Bundestag, der zwar gerade erst entstanden war, dessen Mitglieder aber in überwiegender Zahl parlamentarische Erfahrung aus der Weimarer Republik mitbrachten. Die Öffentlichkeit setzte große Hoffnung in den Neuanfang und wollte wissen, wie die Bundesregierung die allseits schwierige Situation bewältigen, die allfälligen Probleme anzugehen gedachte.

Der Bundeskanzler war sich dieser Situation wohl bewusst. Seine Einleitungsworte zur Regierungserklärung spiegelten dies klar wieder: „Das Werden des neuen Deutschlands“ war das Programm, die folgende – teilweise sehr detaillierte – Abhandlung der anstehenden Aufgaben beschrieb die von ihm als prioritär gesehenen Handlungsräume.

Adenauer war zu Beginn seiner letztendlich 13-jährigen Amtszeit mit dem Wiederaufbau eines durch die vorangegangene Herrschaft des Nationalsozialismus und den Krieg völlig zerstörten Staates und seiner Gesellschaft konfrontiert. Zudem stand die junge Bundesrepublik in allen wichtigen Bereichen unter der Aufsicht der Westmächte¹. Adenauer hatte also keineswegs souveräne Handlungsoptionen, sondern musste sich in einem Spannungsfeld von Erwartungen der deutschen Öffentlichkeit einerseits und den engen Spielräumen andererseits bewegen, die ihm die Hohen Kommissare eröffneten.

In Anbetracht dessen stellt sich daher die Frage, welche Vorstellungen und Konzepte Adenauer – insbesondere im Bereich der Außen- und Deutschlandpolitik – in seiner Großen Regierungserklärung 1949 entwickelte, und wie diese Pläne vom Deutschen Bundestag in der anschließenden Plenardebatte, aber auch in der Presse reflektiert wurden.

Nach einem kurzen Überblick über die Regierungserklärung soll daher insbesondere auf Adenauers Ausführungen zu den Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den westlichen Besatzungsmächten, zur Westintegration und der damit verbundenen Frage des deutsch-deutschen Verhältnisses als auch zur Oder-Neiße-Linie eingegangen werden, da dies - neben den vorrangigen sozialen Problemen - Kernpunkte des Interesses der Öffentlichkeit waren. Anschließend soll dann auf die Rezeption der Rede während der äußerst lebhaften Plenardebatte und in der Presse eingegangen werden.

Für die Beurteilung der Bedeutung von Regierungserklärungen in westlichen Demokratien im Allgemeinen und in Deutschland im Besonderen, war das Buch von Klaus Stüwe, *Die Inszenierung des Neubeginns*², sehr hilfreich. Eine ausgesprochen gute

¹ Das Besatzungsstatut, das die Kompetenzen der Hohen Kommissare und der Bundesregierung regelte, trat am Tag der Konstituierung der Bundesregierung, dem 20.09.1949, in Kraft.

² Klaus Stüwe: *Die Inszenierung des Neubeginns*. Antrittsreden von Regierungschefs in den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Wiesbaden 2004.

Ergänzung hierzu bietet das von Rudolf Korte herausgegebene Werk *Das Wort hat der Herr Bundeskanzler*³, das neben einer expliziten Einführung des Herausgebers auch Thomas Meiers Analyse *Konrad Adenauer: Integration*⁴ enthält, der sich darin speziell mit den Großen Regierungserklärungen Konrad Adenauers beschäftigt. Sehr intensiver beleuchten die von Josef Foschepoth herausgegebenen Aufsätze zum Thema *Adenauer und die Deutsche Frage*⁵ die unterschiedlichsten Aspekte von Adenauers außenpolitischer Motivation und seinem Handeln. Mit der sich an die Regierungserklärung anschließende Debatte hat sich bisher nur Johannes Vollmert genauer in einer zusammenfassenden Analyse⁶ auseinandergesetzt, die allerdings weniger auf der Regierungserklärung Adenauers gerichtet ist, sondern ihren Fokus hauptsächlich auf der Haltung der einzelnen Mitglieder des Bundestages zu den von Adenauer angesprochenen Themen richtet. Eine gute Einführung zur Person und Denkstruktur des ersten Bundeskanzlers bieten u.a. die Bücher von Guido Knopp⁷, Marion Gräfin Dönhoff⁸ und natürlich von einem seiner engsten Mitarbeiter, Herbert Blankenhorn⁹.

³ Rudolf Korte (Hrsg.): „Das Wort hat der Herr Bundeskanzler“. Eine Analyse der Großen Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder. Wiesbaden 2002.

⁴ Thomas Meier: Konrad Adenauer: Integration. In: ebd., S. 85 – 116.

⁵ Joseph Foschepoth (Hrsg.): Adenauer und die Deutsche Frage. 2. Aufl. Göttingen 1990.

⁶ Johannes Vollmert: Der Neubeginn: Die erste Bundestagsdebatte zur Regierungserklärung von Konrad Adenauer (20. – 29.9.49). In: Burkhardt, Armin und Pape, Kornelia (Hrsg.): Sprache des deutschen Parlamentarismus. Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation. Wiesbaden 2000, S. 193 – 220.

⁷ Guido Knopp: Kanzler. Die Mächtigen der Republik. München 1999.

⁸ Marion Gräfin Dönhoff: Deutschland, deine Kanzler. Die Geschichte der Bundesrepublik. 1949 – 1999. München 1999.

⁹ Herbert Blankenhorn: Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 – 1979. Frankfurt/Main, Berlin, Wien 1980.

2. Die Große Regierungserklärung vom 20.09.1949

2.1. Entstehung

Arnulf Baring hat die These „Im Anfang war Adenauer“¹⁰ aufgestellt, womit er zum Ausdruck bringen wollte, welche bedeutende Weichenstellungen der erste Bundeskanzler für die Bundesrepublik Deutschland getätigt hatte. Obwohl die These mittlerweile als sehr klischeehaft gilt, trifft sie zumindest für die ersten 10 Jahre seiner Kanzlerschaft nicht nur inhaltlich, sondern - zumal im Fall der Großen Regierungserklärung von 1949 – auch institutionell durchaus zu.¹¹

Das Institut der Großen Regierungserklärung, d.h. die Antrittsrede des Bundeskanzlers zu Beginn seiner Amtszeit, in der die geplante Politik der neuen Regierung dargelegt wird, ist – anders als in den meisten westlichen Demokratien – in der Bundesrepublik Deutschland verfassungsrechtlich nicht normiert. Selbst der allgemeinere Begriff ‚Regierungserklärung‘ ist im Grundgesetz nicht definiert; er findet noch nicht einmal Erwähnung.¹² Als rechtliche Grundlage wird in der Regel von einer Ableitung aus dem Zutritts- und Rederecht der Regierung gemäß Art. 43 II GG ausgegangen.¹³ „Insofern wirkte Adenauer schon dadurch stilbildend, dass er die verfassungsrechtlich gar nicht erforderliche Tradition der Regierungserklärung 1949 wieder aufnahm.“¹⁴

Im Gegensatz zu späteren Großen Regierungserklärungen war die von 1949 ein nur von wenigen Zulieferungen einzelner designierter Fachminister¹⁵ unterstützter, grundsätzlich aber eigenhändiger Entwurf Adenauers. Er war von seinen persönlichen Überzeugungen und Stil geprägt, unter großem Zeitdruck und unter Mitarbeit von nur einigen wenigen Vertrauten entstanden.¹⁶ Aufgrund der hochkomplizierten Regierungsbildung, die eigentlich erst mit der Vereidigung der Minister durch Bundespräsident Heuss am späten Vormittag des 20. Septembers 1949 ihren Abschluss fand, blieben Adenauer nur wenige Stunden für die Abfassung der Rede, die in ihren wesentlichen Zügen in der Nacht vom 19. zum 20. September 1949 entstand. Adenauer stellt die Rede den restlichen Mitgliedern der Bundesregierung in der ersten Kabinettsitzung vor, die sich direkt an die Vereidigung anschloss. Um 14 Uhr trat er ans Rednerpult des Deutschen Bundestages. Die Zeit war so knapp, dass die letzten korrigierten Blätter ihm dorthin nachgereicht werden mussten.¹⁷

2.2. Aufbau

Der von Adenauer gewählte Aufbau der ersten Großen Regierungserklärung, der sich an den Vorgaben antiker Rhetorik orientierte, blieb bis heute maßgeblich für alle späteren Antrittsreden deutscher Bundeskanzler. Er eröffnete mit einer Interpretation des Wählerwillens, betonte die Schwierigkeit der anstehenden Aufgaben und führte die Dringlichkeit eines neuen Programms vor Augen. Dabei verwies er auf die neuen Leitformeln und Grundideen der Regierung. Im Anschluss wandte sich Adenauer den

¹⁰ Arnulf Baring: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. München, Wien 1969, S. 1.

¹¹ Klaus Erdmenger: Adenauer, die Deutsche Frage und die sozialdemokratische Opposition. In: Joseph Foschepoth (Hrsg.): Adenauer und die Deutsche Frage. 2. Aufl. Göttingen 1990, S. 170.

¹² Stüwe: Inszenierung, S. 12.

¹³ Klaus Stüwe: Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schröder. Opladen 2002, S. 10.

¹⁴ Stüwe: Inszenierung, S. 172.

¹⁵ So z.B. lieferten Ludwig Erhard (Wirtschaftsminister), Karl Alexander von Müller (damaliger Präsident der bayerischen Akademie der Wissenschaften), Anton Storch (Arbeitsminister), und Fritz Schäffer (Finanzminister, Beitrag zum Bund-Länder-Verhältnis) einzelne Gedanken bei, die Adenauer allerdings nur teilweise aufnahm und einarbeitete.

¹⁶ Dazu gehörten u.a. Herbert Blankenhorn, Adenauers persönlicher Referent und engster Vertrauter, der Jurist und Diplomat Theo Kordt, der als Beobachter des Landes Nordrhein-Westfalen beim Parlamentarischen Rat gewesen war, sowie Hans Herwarth von Bitterfeld, ein ehemaliges Mitglied des Widerstandes, Diplomat und späterer Protokollchef im Bundeskanzleramt.

¹⁷ Stüwe: Inszenierung, S. 172 f. Ebenso: Blankenhorn: Verständnis, S. 61.

anzugehenden Einzelfeldern der Politik von der Wirtschaft bis zu den Auswärtigen Beziehungen zu.¹⁸

Viele Elemente waren aber auch ausschließlich dieser ersten Regierungserklärung der Nachkriegszeit vorbehalten. Adenauer war sich der besonderen konstitutiven und konstruktiven Situation deutlich bewusst. So stellte er seine Regierungserklärung unter die Einleitungsworte „Das Werden des neuen Deutschlands“, gab organisatorischen Ausführungen bezüglich der Bundesregierung vergleichsweise großen Raum, und stellte den Wahlsieg der CDU als deutliche Willensäußerung der Bevölkerung zum zukünftigen Wirtschafts- und damit auch Gesellschaftssystem der jungen Bundesrepublik dar. Gleichzeitig versuchte er aber auch, die Auseinandersetzungen des Wahlkampfes hinter sich zu lassen und hob die wichtige Rolle einer starken Opposition im Verfassungsgefüge des neuen Staates hervor. Unter dem gleichen Aspekt dürfte auch die insgesamt versöhnliche und integrierende Sprachwahl unter Vermeidung von negativ belegten Begriffen¹⁹ oder die Aussparung bzw. oberflächliche Behandlung bestimmter, damals kontrovers diskutierter Themen²⁰ zu sehen sein.

3. Adenauers Botschaft an die Öffentlichkeit

Adenauer hatte in seiner Regierungserklärung vier Hauptziele für die Bundesre-

¹⁸ Stüwe: Inszenierung, S. 193 – 195.

¹⁹ So fanden z.B. die Begriffe „Kalter Krieg“ bzw. „Reparationen“, um die sich tägliche Diskussionen drehten, völlig emittiert.

²⁰ Explizite Äußerung zur Deutschlandpolitik, z.B. den Vorrang der Westbindung, vermied Adenauer z.B. ebenso wie den Grund der Alliierten für die Aufnahme Deutschlands ins westliche Bündnissystem, der sich in der Grundformel „Sicherheit mit Deutschland und Sicherheit vor Deutschland“ zusammenfassen ließ.

gierung identifiziert²¹, die zwei unterschiedlichen Politikfeldern zuzuordnen waren: Zum einen handelte es sich aus innenpolitischer Sicht um die akute Linderung der Not und das Streben nach sozialer Gerechtigkeit. Um dies zu erreichen, wollte Adenauer einerseits die Wirtschaft in Gang bringen, da er sich durch soziale Marktwirtschaft, Demontagestop und Wohnungsbau eine Lösung der dringendsten Probleme der Menschen versprach. Andererseits war für ihn der Aufbau einer stabilen Inneren Ordnung, z.B. durch die Eingliederung der Vertriebenen und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Voraussetzung für den erfolgreichen Wiederaufbau Deutschlands. Im außenpolitischen Bereich verfolgte Adenauer vorrangig die Rückgewinnung staatlicher Souveränität. Dazu gehörte nach seiner Auffassung unter anderem auch die Lösung der Saarfrage und die Frage der Wiedervereinigung. Machbar erschien ihm dies nur durch die Verankerung Deutschlands im Lager der freien Nationen: „Es besteht [...] kein Zweifel, dass wir nach unserer Herkunft und nach unserer Gesinnung zur westeuropäischen Welt gehören.“²² Unter den vielen von Adenauer in seiner Rede angerissenen Aspekten, sind – trotz des in absoluten Zahlen geringen Anteils an der Gesamterklärung – diejenigen besonders interessant, die sich auf außenpolitisches Handeln beziehen, weil, wie Adenauer schon am Anfang der Regierungserklärung festhielt „Deutschland und das deutsche Volk noch nicht frei“²³ waren und der gesamte Bereich der Außenpolitik von den alliierten Exklusivrechten erfasst war.

3.1. Die Beziehungen zu den westlichen Besatzungsmächten

Adenauer bezeichnete es denn auch als „das Paradoxe unserer Lage [...], daß, obgleich die auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands von der Hohen Alliierten Kommission wahrgenommen werden, jede Tätigkeit der Bundesregierung [...] auch in inneren Angelegenheiten Deutschlands irgendwie eine ausländische Beziehung in sich schließt. Deutschland ist infolge [der] Besatzung [...] enger mit dem Ausland verflochten als jemals zuvor.“²⁴ Und weiter: „Es gibt aber keinen anderen Weg [...], wieder zu Freiheit und Gleichberechtigung zu kommen.“²⁵ In diesem Zusammenhang äußerte er dann dennoch Vertrauen in einen kooperativen Ansatz auch von Seiten der Hohen Kommissare²⁶, zumal er auch an ein Schreiben der Außenminister von England, Frankreich und den Vereinigten Staaten vom April 1949 erinnerte²⁷, in dem es als „das höchste Ziel der drei Alliierten Regierungen“ bezeichnet wurde, „den festen Einbau des deutschen Volkes in einem demokratischen Bundesstaat in den Rahmen eines europäischen Zusammenschlusses zum beiderseitigen Besten zu ermutigen und zu fördern.“²⁸

Auch wenn Kurt Schumacher ihn später als Kanzler der Alliierten titulierte²⁹, hätte Adenauer schon eher als *Kanzler der Westdeutschen* oder *des* – wie Adenauer das Staatsgebiet in der Regierungserklärung nannte – *deutschen Kernstaates* bezeichnet werden müssen. Das Kräfteverhältnis der alliierten Siegermächte und ihre Einflussnahmen auf die ihnen zur Verwaltung unterstellten Gebiete ließen keine andere Wahl

²¹ Horst Osterheld: Konrad Adenauer. In: Hans Klein (Hrsg.): Die Bundeskanzler. edition q, 3., akt. Aufl. Berlin 1995.

²² Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.): Erste Regierungserklärung von Bundeskanzler Adenauer, 20. September 1949. http://www.kas.de/publikationen/2001/820_dokument.html (Abrufdatum 22.02.2006), S. 19.

²³ Ebd., S. 1.

²⁴ Ebd., S. 4.

²⁵ Ebd., S. 19.

²⁶ Ebd., S. 4.

²⁷ Es handelte sich um ein Begleitschreiben zur Übersendung des Entwurfs des Besatzungsstatuts, gerichtet an den Präsidenten des Parlamentarischen Rates, Dr. Konrad Adenauer.

²⁸ KAS, Erste Regierungserklärung, S. 18.

²⁹ Kurt Schumacher (1895 - 1952, Parteivorsitzender der SPD und Oppositionsführer im 1. Bundestag) nannte Adenauer während der äußerst hitzigen parlamentarischen Debatte zum Petersberger Abkommen im November 1949 „Kanzler der Alliierten“ und wurde daraufhin für 20 Sitzungstage vom Plenum ausgeschlossen.

und Adenauers Herangehen war gerade in der Außenpolitik von Realismus geprägt.³⁰ Guido Knopp meint dazu, dass eine Regierungserklärung nur selten eine so ungeschminkte Willensbekundung war und selten sei eine so unbeirrt verfolgt worden wie diese.³¹ Adenauer kündigte genau das an, was er in den kommenden Jahren auch so umsetzte: „Im Einvernehmen mit der Hohen Alliierten Kommission unsere Freiheiten und unsere Zuständigkeiten Stück für Stück zu erweitern versuchen.“³²

3.2. Westintegration und Wiedervereinigung

Für Adenauer waren diese beiden Themen unmittelbar miteinander verbunden. Kurz vor Ende seiner Rede, also unter besonderer Betonung, stellte er fest: „Wenn ich vom Frieden in der Welt und in Europa spreche, [...] muß ich auf die Teilung Deutschlands zurückkommen. [...] Diese Teilung Deutschlands ist durch Spannungen herbeigeführt worden, die zwischen den Siegermächten entstanden sind. Auch diese Spannungen werden vorübergehen. Wir hoffen, daß dann der Wiedervereinigung mit unseren Brüdern und Schwestern in der Ostzone und in Berlin nichts mehr im Wege steht.“³³ Den Weg zum Frieden in Europa hatte er zuvor, basierend auf zwei Säulen, aufgezeichnet: „Der deutsch-französische Gegensatz [...] muß endgültig aus der Welt geschafft werden. [...] ich glaube, daß das Saargebiet nicht zu einem Hindernis auf diesem Weg werden wird.“ Und weiter: „Alle diese Interessen sollen in eine Ordnung und Übereinstimmung gebracht werden, die sich im Rahmen der Europäischen Union, deren Mitglied wir möglichst bald zu werden wünschen, finden lassen wird.“³⁴ Zusätzlich erinnerte er an Artikel 24 des Grundgesetzes, der eine Beschränkung der Hoheitsrechte des Bundes zulässt, wenn dies der dauerhaften Wahrung des Friedens in Europa und der Welt dienlich ist.

Thomas Meier leitet daraus zwei wesentliche Punkte ab: Für Adenauer war die Freiheit in einem westlichen Bündnis Voraussetzung für die spätere Wiedervereinigung und Deutschland konnte in seinen Augen nur durch eine solidarische Einbindung in einem europäischen Sicherheits- und Gemeinschaftssystem das nötige internationale Vertrauen zurückgewinnen.³⁵ Marion Gräfin Dönhoff, ansonsten nicht unbedingt ein Adenauer-Fan, geht sogar noch einen Schritt weiter und führt aus: „[...] drei große fundamentale Leistungen sind von Dauer: Adenauer hat die Integration in die freie Welt vollzogen; die Aussöhnung mit Frankreich herbeigeführt; [...]“³⁶, und weiter: „nach außen gab er zu erkennen, daß für ihn die feste Einordnung der Bundesrepublik in den Westen das Allerwichtigste war, auch wenn seine Gegner meinten, dass dies die Teilung Deutschlands für alle Zeiten verewigen werde.“³⁷

3.3. Die Oder – Neiße – Linie

Adenauer nahm sich des Themas interessanterweise nicht im Zusammenhang mit seinen Ausführungen zur Außenpolitik an, sondern im Rahmen des Loses der Vertriebenen. Er war dabei – insbesondere in Anbetracht aller späteren Äußerungen hierzu – außerordentlich eindeutig und sprach dabei von „Fragen [...], die uns in Deutschland außerordentlich am Herzen liegen und die für unser gesamtes Volk Lebensfragen sind. Es handelt sich um die Abkommen von Jalta und Potsdam und die Oder-Neiße-Linie.“ Nach einem Hinweis auf die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze fuhr er fort: „Wir können uns daher unter keinen Umständen mit einer von Sowjetrußland und Polen später einseitig vorgenommenen Abtrennung dieser Gebiete abfinden. [...] Die Bundesregierung wird allen diesen Fragen die größ-

³⁰ Knopp: Kanzler, S. 8.

³¹ Ebd., S. 36.

³² KAS: Erste Regierungserklärung, S. 19.

³³ Ebd., S. 20.

³⁴ Ebd., S. 19.

³⁵ Meier: Integration, S. 102 f.

³⁶ Dönhoff: Deutschland, S. 52.

³⁷ Ebd., S. 54.

te Aufmerksamkeit widmen und sich dafür einsetzen, daß auch das uns zustehende Recht geachtet wird.“³⁸

Adenauer wies auf die Bereitschaft hin, mit den „östlichen Nachbarn, insbesondere mit Sowjet-Rußland und mit Polen, in Frieden zu leben.“ Man habe den „dringendsten Wunsch“ zu einer friedlichen Lösung der Spannungen zwischen Sowjet-Rußland und den Westalliierten. Allerdings gehe er dabei von der Respektierung deutscher Rechte, insbesondere auch gegenüber den Deutschen der Ostzone aus.³⁹

Obwohl Adenauer hier noch – sozusagen als territoriale Maximalforderung – von einer Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937 ausging und die Rückgängigmachung der Abtrennung der Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie forderte⁴⁰, so bestand für ihn innerlich schon direkt nach Ende des Krieges kein Zweifel darüber, dass diese Gebiete verloren waren.⁴¹ Dennoch ließ Adenauer seine Aussage keineswegs von anderen in Frage stellen. Als der Fraktionsvorsitzende der KPD, Max Reimann, eine entsprechende Andeutung über mangelndes aufrichtiges Interesse des Kanzlers an den Ostgebieten machte, forderte letzterer sogar Sanktionen von Bundestagspräsident Dr. Köhler gegenüber dem Abgeordneten Reimann.⁴²

4. Die Rezeption der Rede

4.1. Die parlamentarische Debatte

Die Plenardebatte, die sich der ersten Großen Regierungserklärung anschloss, war eine der längsten und leidenschaftlichsten, aber auch skandalträchtigsten in der Geschichte des Deutschen Bundestages.⁴³ Dies lag zum einen an der schier unerschöpflichen Zahl unterschiedlicher Parteien⁴⁴ und ihrer teilweise diametral entgegengesetzten Überzeugungen, die sich vehement Luft machten.⁴⁵ Zum anderen lag es aber auch an der noch recht unsicheren Amtsführung des Bundestagspräsidenten Köhler, der teilweise zu heftig, teilweise nicht hart genug durchgriff.⁴⁶

Kurt Georg Kiesinger⁴⁷ erinnerte sich: „Wir hatten also gleich am Anfang genau das Gegenteil dessen, was ich erhofft hatte, nämlich einen noblen, respektvollen Umgang miteinander; statt dessen härteste und unerfreulichste Auseinandersetzungen.“⁴⁸

Adenauers Ausführungen, dass er der Auffassung sei, die Opposition sei eine Staatsnotwendigkeit und habe eine staatspolitische Aufgabe zu erfüllen, wurden vom Parlament offensichtlich sehr wörtlich genommen - allen voran von Kurt Schumacher, dem Oppositionsführer. In einer Zeit, in der das parlamentarische Geschehen noch nicht von live-Übertragungen des Fernsehens geprägt war, entwickelten sich Rednerpersönlichkeiten, die sich durch individuelles Engagement und teilweise auch hohe politische Debattenkultur auszeichneten. Die Debatte war tatsächlich eine – teilweise auch mittels Zwischenrufen sehr spontane - Auseinandersetzung mit den jeweiligen Aussagen, auf die der Redner dann auch einging. Dies zeigt sich besonders in der

³⁸ KAS: Erste Regierungserklärung, S. 16 f.

³⁹ Ebd., S. 18.

⁴⁰ Meier: Integration, S. 110.

⁴¹ Hansjakob Stehle: Adenauer, Polen und die Deutsche Frage. In: Joseph Foschepoth (Hrsg.): Adenauer und die Deutsche Frage. 2. Aufl. Göttingen 1990, S. 81.

⁴² Deutscher Bundestag: Stenographische Berichte 1/6 – 1/10. Bonn 1949, S. 64 C – 67 B.

⁴³ Volmert: Neubeginn, S. 194.

⁴⁴ Dem ersten Deutschen Bundestag gehörten neben 3 Parteilosen Mandatsträgern insgesamt 16 Parteien an.

⁴⁵ Volmert: Neubeginn, S. 219.

⁴⁶ Rudolf Morsey: Konrad Adenauer und der Deutsche Bundestag. In: Hans Buchheim (Hrsg.): Konrad Adenauer und der Deutsche Bundestag. Bonn 1986, S. 29-31. Ebenso: Volmert: Neubeginn, S. 211 f und 214.

⁴⁷ Kurt Georg Kiesinger (1904-): 1949-1958 & 1969-1980 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1958-1966 Ministerpräsident von Baden Württemberg, 1966-1969 Bundeskanzler.

⁴⁸ Kurt Georg Kiesinger: Diskussionsbeitrag. In: Hans Buchheim (Hrsg.): Konrad Adenauer und der Deutsche Bundestag. Bonn 1986, S. 44.

Auseinandersetzung der SPD mit den Regierungsparteien, da hier bei vielen Abgeordneten auch eine „gemeinsame Kommunikationserfahrung“ aus der Weimarer Republik bzw. dem Parlamentarischen Rat vorlag.⁴⁹ Ganz anders war dies allerdings bei den Randparteien des politischen Spektrums, insbesondere der KPD, deren Redner auch mehrfach tumultartige Szenen auslösten.⁵⁰

Auch wenn Kurt Schumacher sich mit Sicherheit als einer der eindrucksvollsten und engagiertesten Widersacher des Kanzlers präsentierte, stieß sein oft harter und sarkastischer Ton selbst bei sozialdemokratischen Kollegen auf Widerstand.⁵¹ Dr. von Brentano, Fraktionsmitglied der CDU und später erster Außenminister der Bundesrepublik beurteilte den Redebeitrag Schumachers in seiner Replik als „Kritik [...], die am Schluß als Programm bezeichnet wurde.“⁵² Schumacher, der in seiner Rede vor allem auch die von Adenauer wohlkalkuliert nur marginal behandelten Punkte aufgriff, äußerte sich außenpolitisch in erster Linie zu Besatzungsstatut, Oder-Neiße-Linie und Europa.⁵³ Dabei sprach er Adenauer Planung und Konzeption in der Außenpolitik völlig ab. Der größte Vorteil des Besatzungsstatus, das sich seiner Ansicht nach durch einen Mangel von konkreten Rechtsvorschriften auszeichnete, sei die Aussicht auf baldige Revision. Mit Genugtuung hingegen stellte er fest, dass sich SPD und CDU nun offenbar in Hinblick auf die Oder-Neiße-Linie einig seien. Gleichzeitig allerdings zog er auch die Parallele zur Westgrenze, respektive der Haltung der Bundesregierung zur Saarfrage. Die SPD wolle Europa, allerdings dürfe dies nicht durch eine Vorwegnahme von Bestimmungen des Friedensvertrages erreicht werden. Mit zweierlei Maß zu messen, erschien Schumacher hier nicht richtig.

Intensiver setzten sich aber ein anderer Abgeordneter der SPD, Dr. Carlo Schmid, mit den außenpolitischen Aspekten der Regierungserklärung auseinander, denen er den überwiegenden Teil seiner Rede⁵⁴ widmete. Schmid fasste viele der Gedanken, die in der Debatte bis dahin angesprochen worden waren zusammen und versuchte, einen Mittelweg des Ausgleichs und der Verständigung zu zeichnen und mahnte eine ernsthafte und konsequente Außenpolitik an. Das Besatzungsstatut sei der Rahmen, den man zur Verfügung habe. Er müsse interpretiert und ausgefüllt, aber auch dringend einer Revision unterzogen werden. Zudem betonte auch Schmid die Bedeutung Europas, denn seiner Meinung nach sei „die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ein europäisches Anliegen.“⁵⁵

Während die Redner der FDP und der DP sich – als Mitglieder der Regierungsfractionen – naturgemäß hinter die Regierungserklärung gestellt hatten, hatten andere, so z.B. Dr. Seelos von der Bayernpartei, die außenpolitischen Themen kontroverser Weise noch ausgeweitet.⁵⁶ Die Bayernpartei wies zudem das Besatzungsstatut als undemokratisch und undurchsichtig zurück⁵⁷, und der Abgeordnete Reimann (KPD) brachte in diesem Zusammenhang sogar den Begriff „koloniale Verwaltungsstelle“ für die Bundesregierung an.⁵⁸

⁴⁹ Volmert: Neubeginn, S. 210 f.

⁵⁰ Z.B. die Rede des Abgeordneten Reimann am 22.09.1949. BT: Stenographische Berichte, S. 58 C – 67C.

⁵¹ Meier: Integration, S. 112.

⁵² BT: Stenographische Berichte, S.43 B.

⁵³ Ebd., S. 41A – 42 B.

⁵⁴ Ebd., S. 176 A – 185 C. Dr. Carlo Schmid (-) war

⁵⁵ Ebd., S. 184 A.

⁵⁶ Seine Aussage, dass durch das Grundgesetz „andere deutsche Länder wie Österreich auf immer aus der deutschen Gemeinschaft“ ausgeschlossen würden, stieß auf wütendsten Protest im Bundestag. Dr. Richter von der Nationalen Partei verlangte sogar eine Lösung der „sudetendeutschen Frage“.

⁵⁷ Zur Frage der Bewertung des Besatzungsstatuts ist noch anzufügen, dass dieses noch während der Debatte über die Regierungserklärung Anlaß zu erheblichen Diskussionen bot, da die Hohen Kommissare in dieser Phase ihr Vorbehaltsrecht im Bereich des Außenhandels und des Devisenverkehrs ausübten, um die durch die Abwertung des Pfundes entstandenen negativen Folgen für ihre eigenen Länder durch eine Abwertung der Mark so gering wie möglich zu halten.

⁵⁸ Es handelte sich dabei um ein angebliches Zitat der New York Herald Tribune. Allerdings haben auch weitere KPD-Abgeordnete Adenauer immer wieder in diesem Sinne angegriffen, so z.B. der Abgeordnete Renner, der zu Adenauer sagte: „Sie regieren gestützt auf die Befehle der Besatzungsmächte. [...] Sie sind

Aber auch und gerade in der Frage der Oder-Neiße-Linie war das Parlament geteilter Ansicht gewesen. Während die einen eine Aufgabe der Gebiete strikt ablehnten und von daher – auch in Anbetracht der grundsätzlichen – Diskrepanzen hier den Bundeskanzler voll unterstützten, waren andere⁵⁹ - sehr realpolitisch - von geschaffenen Fakten ausgegangen. Als allerdings der für die KPD im Bundestag sitzende Abgeordnete Reimann die Oder-Neiße-Grenze in einer bis dahin schon extrem provokanten Rede als „Grenze des Friedens“⁶⁰ bezeichnete, kam das Faß zum Überlaufen und das Bundestagspräsidium hatte erhebliche Schwierigkeiten, die Ordnung wieder herzustellen. Diese Szenen und insbesondere auch die wenig demokratische und das Recht auf freie Meinungsäußerung nicht würdigende Reaktion des Bundestagspräsidenten Dr. Köhler⁶¹ stießen im In- und Ausland auf heftige Kritik.

Dennoch bleibt festzuhalten, dass sich viele der Redner und insbesondere die großen Parteien in einem einig waren: Das Vertrauen der Welt in Deutschland müsse wieder hergestellt werden.⁶² Eine reine Innenpolitik ohne Blick nach außen sei „Politik im luftleeren Raum“.⁶³

4.2. Das Presseecho

Die Presse im In- und Ausland lobte den ruhigen und sachlichen Ton der Regierungserklärung.⁶⁴

Die französische Zeitung *Le Monde* lobte vor allem die Mäßigung, mit der die außenpolitischen Wünsche vorgetragen worden seien.⁶⁵ Ebenso positiv reagierte auch die britische *Times*, die Adenauer Empathie und Deutlichkeit bescheinigte und über bemerkenswerte Zustimmung zu Teilen der Rede auch auf seiten der Opposition berichtete.⁶⁶ In einem Kommentar führte sie aus: „Dr. Adenauer's statement of policy was in many ways excellent. [...] [He] spoke moderately of dismantling, voiced the determination of his Government to cooperate closely with the western Powers, and expressed the hope of the German people that they would soon be able to join European Union. [...] the new German Government begins its terms of office with every chance of good relations with the western Powers. Dr. Adenauer is shrewd enough to see that the best hope of persuading these Powers to reconsider the policy of dismantling and to revise the Occupation Statute soon is to prove that the German Government is ready and able to cooperate with them.“⁶⁷

Die deutsche Presse berichtete ausführlich über die Regierungserklärung und die nachfolgende Plenardebatte, aber auch über die Reaktionen des Auslandes auf die Zusammenstöße im Bundestag.⁶⁸

Die Welt wies in einem Kommentar darauf hin, dass die Regierungserklärung, die zum erstenmal seit langer Zeit ein vor einem in freier Konkurrenz gewählten Parlament als dem deutschen Volke verantwortlicher Kanzler abgegeben habe, ein außenpolitisches Programm enthalten habe, das die Zustimmung aller finden werde, die guten Willens sind.⁶⁹ Insgesamt bezeichnete sie die Erfahrungen der ersten Arbeitswoche des Parlaments als ermutigend, obwohl nicht alles als Aktivum gebucht werden könne. Es sei notwendig, klarzustellen, daß die deutsche Außenpolitik von

nichts anderes als das Dekor für einen Kolonialstaat.“ (Knopp: Kanzler, S. 35.)

⁵⁹ Z. B. der Abgeordnete Rüdiger von der FDP. BT: Stenographische Berichte, S. 108 B.

⁶⁰ BT: Stenographische Berichte, S. 66 A.

⁶¹ Abgesehen von einer vorher erfolgten Abschaltung des Mikrophons entzog der Bundestagspräsident dem Abgeordneten letztendlich einfach das Wort.

⁶² So z.B. die MdBs Dr. Henle, Dr. von Merkat, Dr. von Brentano, Dr. Zawadil, Fisch.

⁶³ MdB Dr. Henle / BT: Stenographische Berichte, S.94 C.

⁶⁴ Meier: Integration, S. 113 f.

⁶⁵ Zitiert nach: Meier: Integration, S. 114.

⁶⁶ The Times, 21.09.1949, S. 4.

⁶⁷ The Times, 22.09.1949, S. 1.

⁶⁸ Frankfurter Rundschau, 24.09.1949, S. 4.

⁶⁹ Die Welt, 21.09.1949, S. 2.

heute nichts gemein hat mit jener Außenpolitik, die 1933 begonnen und zur Katastrophe von 1945 geführt habe.⁷⁰ Die *Süddeutsche Zeitung* bemerkte, dass die Regierungserklärung fast etwas matt und geschäftsmäßig gewirkt habe, da alle Punkte schon bekannt gewesen seien. Einen interessanten Interpretationsaspekt bot der Kommentar in Hinsicht auf die fehlende Behörde für zwischenstaatliche Angelegenheiten. Junius schreibt dazu: „Offenbar wollte er einerseits die Welt auf die Unmöglichkeit aufmerksam machen, eine Regierung in ihrer Handlungsfreiheit so sehr zu beschränken, wie ihm andererseits auch daran lag, die äußere Politik selbst in der Hand zu behalten.“⁷¹ Während die *Frankfurter Rundschau* die Hoffnung äußerte, dass Adenauer mit seiner Antrittsrede gezeigt habe, dass er vielleicht der Kanzler sei, der in seiner ruhigen Art das Wohlwollen des Auslands finden könnte⁷², urteilte *Die Zeit* wesentlich kritischer: „seine Regierungserklärung war mehr eine zuversichtliche Rundreise durch die Probleme als ein greifbares Programm. [...] Aber auch von der Generaldebatte läßt sich kaum mehr sagen, als daß sie abgewickelt wurde.“⁷³ Der Spiegel schlussendlich beschäftigte sich hauptsächlich mit den Turbulenzen, denen die Plenardebatte ausgesetzt war, und äußerte Kritik an der Auffassung von Redefreiheit, die sich dabei gezeigt hatte.⁷⁴

5. Die Bedeutung der Regierungserklärung für das junge Deutschland

Ausgerechnet der engste Mitarbeiter des Kanzlers, Herbert Blankenhorn, urteilte über die Regierungserklärung: „[sie] war kein großer Wurf, es fehlte ihr jegliche rhetorische Brillanz. Es war die Rede eines Mannes, der in nüchternen Worten die Probleme und Aufgaben aneinanderreihete, vor der sich die soeben konstituierte Bundesregierung gestellt sieht.“⁷⁵

Aber genau das wiederum – verbunden mit der integrierenden Sprache – bot eine Basis für ein gemeinsames Herangehen an die vielfältigen Probleme der Gründungsjahre der Bundesrepublik. Gerade aus außenpolitischer Sicht wären laute Töne, ein Stil wie man ihn aus den 30er und frühen 40er Jahren kannte, völlig verfehlt gewesen. Auch wenn sich die Parteien keineswegs einig waren über bestimmte Einzelfragen, so wurde doch rasch deutlich, dass das beste Mittel zur Rückgewinnung von Handlungsspielräumen die freiwillige Einordnung in eine kooperative und integrative Zusammenarbeit mit den Siegermächten war. Trotz der starken Strömungen innerhalb der deutschen Bevölkerung, die durch die Westbindung eine Gefahr für das große Gut der Wiedervereinigung sahen, bildete sich daher bei vielen der politisch Verantwortlichen mit der Zeit ein Realismus aus, der durchaus mit den Grundzügen der Adenauer'schen Leitlinien leben konnte. Dies umso mehr, da der Kanzler bei den, für viele Deutsche emotional beladenen, Themen der Oder-Neiße-Linie und der Wiedervereinigung immer wieder Worte fand, die – im In- wie im Ausland – niemanden wirklich vor den Kopf stießen. Wo eine kurzfristige Entscheidung zu treffen war, gab er immer einer vertieften Westbindung den Vorzug, allerdings mit dem Hinweis, dass dies ja zugunsten der langfristigen Ziele von Frieden, Sicherheit und Wiedervereinigung wäre.

Letztendlich kann man wohl wirklich feststellen, dass keiner seiner Nachfolger Westbindung und Marktwirtschaft, Parteiendemokratie und europäische Einigung – also die von Adenauer festgezurrten Fundamente der Bundesrepublik – auch nur ansatzweise in Frage gestellt hat.⁷⁶

⁷⁰ Die Welt, 26.09.1949, S. 2. Die Kritik bezog sich sowohl auf die Rede Reimanns als auch auf die Reaktion der Parlamentarier als auch des Bundestagspräsidiums.

⁷¹ Süddeutsche Zeitung, 21.09.1949, S. 1 f.

⁷² Frankfurter Rundschau, 22.09.1949, S. 3.

⁷³ Die Zeit, 29.09.1949, S. 1.

⁷⁴ Der Spiegel, 29.09.1949, S. 5.

⁷⁵ Blankenhorn: Verständnis, S. 61.

⁷⁶ Knopp: Kanzler, S. 21.

Im Gegenteil: Als Helmut Kohl die Schlussworte von Adenauers Rede, dass die „ganze Arbeit [...] getragen sein [wird] von dem Geist christlich-abendländischer Kultur und von der Achtung vor dem Recht und vor der Würde des Menschen. Wir hoffen – das ist unser Ziel –, daß es uns mit Gottes Hilfe gelingen wird, das deutsche Volk aufwärtszuführen und beizutragen zum Frieden in Europa und in der Welt.“⁷⁷, 1990 wieder aufnahm schloß sich ein Kreis.

Adenauer hatte in seiner Großen Regierungserklärung 1949 eine Zielvorgabe gesetzt, die bis heute die Grundlage des gesellschaftlichen Konsenses über die Leitlinien unseres Staates bildet. Jede Diskussion über grundsätzliche Ausrichtungen der deutschen Politik trägt hierzu bei. Ein anderes Deutschland als das der Kaiserzeit, der Weimarer Republik oder der nationalsozialistischen Ära ist entstanden und zeigt sich nach außen. Ein Deutschland, das auch und gerade im Ausland, als ehrlicher Makler, als fairer Partner und Beispiel einer gelungenen Demokratisierung gilt. Adenauer hat hierfür die Weichen gestellt.

⁷⁷ KAS: Erste Regierungserklärung, S. 21.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.): Erste Regierungserklärung von Bundeskanzler Adenauer, 20. September 1949. http://www.kas.de/publikationen/2001/820_dokument.html (Aburfdatum 22.02.2006)

Deutscher Bundestag: Stenographische Berichte 1/6 – 1/10. Bonn 1949, S. 31 A – 188 C.

BLANKENHORN, HERBERT: Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs. 1949 bis 1979. Frankfurt/Main, Berlin, Wien 1980.

Die Welt. Hamburg 21.09.1949, S. 1 – 3.

Die Welt. Hamburg 22.09.1949, S. 1 f.

Die Welt. Hamburg 23. 09.1949, S. 1 f.

Die Welt. Hamburg 26. 09.1949, S. 2.

Frankfurter Rundschau. Frankfurt 22.09.1949, S. 3.

Frankfurter Rundschau. Frankfurt 24.09.1949, S. 4.

Süddeutsche Zeitung. München 21.09.1949, S. 1 f.

Süddeutsche Zeitung. München 22.09.1949, S. 1 f.

Süddeutsche Zeitung. München 23.09.1949, S. 1 f.

Süddeutsche Zeitung. München 24./25.09.1949, S. 1 f.

Süddeutsche Zeitung. München 30.09.1949, S. 1.

Die Zeit. Hamburg 29.09.1949, S. 1.

Der Spiegel. Hamburg 29.09.1949, S. 5.

Der Spiegel. Hamburg 06.10.1949, S. 4.

The Times. London 21.09.1949, S.4.

The Times. London 22.09.1949, S.1.

The Economist, London 24.09.1949, S. 657 f.

The Economist, London 15.10.1949, S. 817 – 819.

Literatur:

ALBRECHT, WILLY (Hrsg.): Kurt Schumacher. Reden – Schriften – Korrespondenzen. 1945 – 1952. Berlin, Bonn 1985.

BARING, ARNULF: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. München, Wien 1969.

BUCHHEIM, HANS: Konrad Adenauer und der Deutsche Bundestag. Bonn 1986.

DÖNHOF, Marion Gräfin: Deutschland, deine Kanzler. Die Geschichte der Bundesrepublik. 1949 – 1999. München 1999.

DREHER, KLAUS: Der Weg zum Kanzler. Adenauers Griff nach der Macht. Econ Verlag, Düsseldorf, Wien 1972.

ERDMENGER, KLAUS: Adenauer, die Deutsche Frage und die sozialdemokratische Opposition. In: Joseph Foschepoth (Hrsg.): Adenauer und die Deutsche Frage. 2. Aufl. Göttingen 1990, S. 169 - 182.

HAFTENDORN, HELGA: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung. 1945 – 2000. Stuttgart, München 2001.

KLESSMANN, CHRISTOPH: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945 – 1955. 5. überarb. und erw. Aufl. Bonn 1991.

KNOPP, GUIDO: Kanzler. Die Mächtigen der Republik. München 1999.

KORTE, KARL-RUDOLF: Die Regierungserklärung: Visitenkarte und Führungselement der Kanzler. In: Ders. (Hrsg.): „Das Wort hat der Herr Bundeskanzler“. Eine Analyse der Großen Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder. Wiesbaden 2002, S. 9 – 30.

MEIER, THOMAS: Konrad Adenauer: Integration. In: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): „Das Wort hat der Herr Bundeskanzler“. Eine Analyse der Großen Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder. Wiesbaden 2002, S. 85 – 116.

MERSEBURGER, PETER: Kurt Schumacher. Der schwierige Deutsche. Stuttgart 1995.

RUPIEPER, HERMANN-JOSEF: Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949 – 1955. Opladen 1991.

OSTERHELD, HORST: Konrad Adenauer. In: Hans Klein (Hrsg.): Die Bundeskanzler. edition q, 3., akt. Aufl. Berlin 1995.

STÜWE, KLAUS: Die Inszenierung des Neubeginns. Antrittsreden von Regierungschefs in den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Wiesbaden 2004.

STÜWE, KLAUS: Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schröder. Opladen 2002.

VAN DEN BERG, GUIDO und VAGT, SILKE: Regierungserklärungen im Vergleich. Eine quantitative Analyse. In: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): „Das Wort hat der Herr Bundeskanzler“. Eine Analyse der Großen Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder. Wiesbaden 2002, S. 57 – 81.

VOLLMERT, JOHANNES: Der Neubeginn: Die erste Bundestagsdebatte zur Regierungserklärung von Konrad Adenauer (20. – 29.9.49). In: Burkhardt, Armin und Pape, Kornelia (Hrsg.): Sprache des deutschen Parlamentarismus. Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation. Wiesbaden 2000, S. 193 – 220.